

Sächsische Zeitung

1908. Nr. 114.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 7. März 1908.

Verleger: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 172. Eing. Nr. Brauhausstr.
Gesamthaus: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14.
Telephon-Ring VI. Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Mal so, mal so.

Der Berliner Kommunalfreisinn begeistert sich für das allgemeine, gleiche und geheime Landtagswahlrecht, aber im Stadtparlament ist er kein Freund des schrankenlosen Mehrheits. Hier vertritt er sehr wohl zu wärdigen, daß die ungleiche Wahl durchaus den wirklichen praktischen Verhältnissen entspricht. Ähnlich ist es in sozialer Beziehung. Im Reich und im Land wird schrankenlos Sozialpolitik gepredigt, da geht es ja auch um „Regimentsuniformen“. Zu Hause weiß man dagegen sehr gut, daß Sozialpolitik nicht nur eine ideale Seite hat, sondern auch eine sehr reale, und daß diese reale Seite sehr viel Unkosten macht. Stand da am Donnerstag, den 28. Februar, im Berliner „Noten Hause“ der Antrag des sozialdemokratischen Stadtverordneten Krons auf der Tagesordnung, der die Einrichtung hässlicher Krippen und Kinderergärten verlangt. Die Sozialdemokratie bezweckt mit dem Antrag Krons, zu Hause der Kommune Berlin im weiteren Maßstabe den Arbeitern die Sorge für ihre kleinen Kinder abzunehmen.

Gegenüber dem schrankenlosen sozialpolitischen Dyermit des Genossen Krons auf Kosten anderer vertreten verschiedene Stadtverordnete Anschauungen, denen wir nur uneingeschränkt zustimmen können. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung lehnte den sozialdemokratischen Antrag scharf ab. Wie Dr. Zangerhans sehr zutreffend jagte, lasse der Antrag ihren deutlich den Wunsch einer allgemeinen Kindererziehung durch den Staat und die Gemeinde in den Vordergrund treten, deshalb halte er ihn für sehr gefährlich. Nicht minder schlagend war die Rede des Stadtverordneten Galland. So lange der Berliner Arbeiter jährlich 70—80 Mk. für Streifs und sozialdemokratische Agitation ausgeben könne, brauche ihm die Stadt doch auch nicht die Kindererziehung abzunehmen, die der Kommune ebenfalls würde, wie dem Arbeiter jetzt sein politischer Dyermit ist. Deshalb solle die Stadt den Arbeitern nicht die Sorge für ihre Familie abnehmen.

Die Stadtverordneten hatten so wenig Verständnis für die Absicht der Genossen der Stadt die Anstalten für ihre Kinder aufzuheben zu lassen, daß sie sogar einen sozialdemokratischen Antrag ablehnten, der eine Enquete darüber vorzunehmen erwiderte, in welchem Umfange diese kommunale Fürsorge für kleine Kinder nötig sein würde. Der Stadtverordnete Mommien betonte, daß man mit solchen Enqueten sehr schlechte Erfahrung gemacht habe. Noch deutlicher wurde Dr. Zangerhans, indem er hervorhob, daß eine Enquete viele Leute erst veranlassen würde, für ihre Kinder hässliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Stadtverordneter Rosenow verpönte auf den Weg der Privatwohltätigkeit. Würde die Einrichtung von Kinderergärten von vornherein als hässliche Angelegenheit erklärt, so würde die bisher in dieser Richtung wirksame Privatwohltätigkeit untergraben.

Wir meinen, daß die Privatwohltätigkeit bei ihrer Zurückkunft gleichfalls die vernünftigen Grundzüge des Stadtverordneten Galland befolgen sollte, indem sie recht vorsichtig nach w r l i c h Bedürfnissen Umfand hält. Dann werden ihre Mittel auch weiter reichen. Wie und nimmer sollte sich irgend eine Art von Wohlthätigkeit an Leute wenden, die wie der Berliner Arbeiter jährlich 70—80 Mk. für Streifs und Agitation ausgeben können, während die Sozialdemokraten im Noten Hause für diese Bemerkung des Herrn Galland mit Unruhe quittierten, denn hier ist auf die Mitleidlichkeit der sozialdemokratischen Partei-Finanzpolitik hingewiesen. Die Genossen stehen ja doch auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie der liberale Stadtverordnete Galland, denn sie sagen: „Partei- und Streifereuen zahlen — nesses est; Kinder erziehen — non nesses est! Das mögen die Kommune und der Staat nur beforgen, die Herrn Genossen begnügen sich bescheiden damit, die Kinder wozu in die Welt zu legen. „Principis obsta“ jagte da aber sehr richtig der Berliner Kommunalfreisinn, und schloß nicht falsch er das Berliner Stadtparlament.

Besagend war aber auch bei dieser Sitzung, daß die sozialliberalen Anstalten wieder zu den roten Truppen stehen. Sie machen hier ebenso wenig mit dem Bürgerum wie die nationalsozialen großen Brüder im Reichstag. Der soziale Fortschrittler Dr. Nathan jagte, er läge in dieser kommunalen Kindererziehung durchaus keine „sozialdemokratische Forderung“. Bei den Sozialliberalen fällt das sozialdemokratische Programm allerdings in tiefem mit dem eigenen zusammen. Demgegenüber aber verdient hervorzuheben zu werden, daß der alte Berliner Kommunalfreisinn einen Strich zwischen sich und der Sozialdemokratie machte. Schade, daß ein Berliner Freisinniger aber immer erit an der empfindlichen Stelle der heimlichen Finanzen getroffen werden muß, ehe er die Bedeutung sozialdemokratischer Prinzipien verstehen lernt. Doch ist es ja eine alte Erfahrung, daß sich das „Regieren“ ganz anders anfühlt, wenn man selber zum Regieren kommt, als vorher, da man sich mit dem Kritizieren und Agitieren begnügen durfte. Deshalb hat das Berliner Note Haus ja schon öfters humoristische Szenen geliefert, die zeigen, daß ein sonst recht doktrinäerer Freisinn überaus

praktisch werden kann. Wahrscheinlich der Stadtverordnetenfall des Noten Hauses eine Vorläufer für freisinnige Stadtpolitiker genannt werden. Stadtverordneter Galland dürfte mit mehr Recht beim Reichstag einen Antrag einbringen, daß „eventuell seitens des Reiches durch Zufüsse, Geldmittel für den realpolitischen Kinderergärten des Noten Hauses abgefordert würden.“ Niemand lernt nämlich der Freisinn besser Regierungsfähigkeit als in den freisinnig-sozialdemokratischen Stadtparlamenten. Nur, daß er es noch immer nicht lernen will, von den Erfahrungen und Grundgrößen in der Kommune auch auf die Staatspolitik zu exemplifizieren! Man denke nur an den lächerlichen Standpunkt des Freisinn in der Frage des preussischen Landtagswahlrechts! Was er für das Stadtparlament für passend und schon hält, das verwirrt er für den Landtag. Es ist ein jammervolles Bild.

Die Tätigkeit der Anstufungskommission.

Dem preussischen Anstufungskomitee ist jochen die fällige Denkschrift über die Ausführung des Anstufungsgesetzes für das Jahr 1907 zugegangen. Es ist dieser Vorlage zu entnehmen, daß das Güterangebot im Berichtsjahre 407 Güter mit 138 110 Hektar betrug. Die Durchschnittsbörsen der angebotenen Güter betrug demnach 339 Hektar, das gesamte Landangebot umfaßte 166 537 Hektar oder 29% Uebermaß.

Der Anstufung 1907 eingeleitet worden, weil die Mittel des Anstufungsfonds zur Reize gingen. Es wurden 10 Rittergüter, 16 sonstige Güter und 24 Bauernwirtschaften mit einer Gesamtfläche von 9390 Hektar erworben. Unter den Rittergütern befanden sich 3 Staatsgüter, die gegen Erklärung des durch Schätzung ermittelten Wertes abgetreten sind. Die übrigen sind im freien Grundstücksverkehr gekauft worden.

Der Gesamtanfang betrug:

1903	42 052	ha	42 344 000	Mk.
1904	33 109	„	33 943 000	„
1905	34 681	„	41 080 000	„
1906	29 670	„	42 214 000	„
1907	9 390	„	14 161 000	„

Unter Eingründung der Erwerbungen aus den Vorjahren umfaßt der Grundbesitz der Anstufungskommission am Schluß des Jahres 1907: 1. an Gütern 314 484 Hektar zum Kaufpreise von 279 439 342 Mk. und 2. an käuflichen Besitz 20 899 Hektar zum Kaufpreise von 27 263 095 Mk. Zusammen also 335 383 Hektar oder 59 Quadratkilometer zum Kaufpreise von insgesamt 306 702 437 Mk. Davon stammen aus deutscher Hand: 357 Gutsbesitzer, 103 Landgüter, 283 Bauernwirtschaften. Aus polnischer Hand: 153 Gutsbesitzer, 31 Landgüter und 220 Bauernwirtschaften. Der Durchschnittspreis für die im Jahre 1907 angekauften Besitzungen stellte sich bei Gütern auf 1471 Mk. bei den Grundstücken auf 1860 Mk., bei dem gesamten Kaufpreise auf 1508 Mk. Gegen die Jahre 1903 (Durchschnittspreis 1007 Mk.), 1904 (1025 Mk.) und 1905 (1184 Mk.) ist der Durchschnittspreis für das Hektar also erheblich gestiegen.

Das Besiedelungsgeschäft hat sich auf der Höhe der Vorjahre gehalten. Es sind 6161 Anstufungsgeldscheine eingegangen gegen 6786 im Jahre 1906, 6429 im Jahre 1905 und 6210 im Jahre 1904.

Fragebogen über ihre persönlichen Verhältnisse haben 3644 Bewerber eingeleitet gegen 3717 im Jahre 1906, 3316 im Jahre 1905 und 2612 im Jahre 1904.

Die Zahl der vorläufig abgeschlossenen Verträge ist unbedeutlich hinter der des Vorjahres zurückgeblieben, die Zahl der genehmigten und damit rechtskräftig gewordenen Verträge ist gestiegen. Es sind 2076 vorläufig und 1660 Verträge rechtskräftig abgeschlossen, und zwar 1389 Rentengüter und 321 Pachtverträge. Außerdem sind 60 neu eingerichtete Arbeiterwohnungen vergeben worden. Die Zahl der rechtskräftigen Renten-, Pacht- und Mietverträge des Jahres 1907 beträgt somit 1720. Bis Ende 1907 sind im ganzen 13 617 Anstufungsverträge abgeschlossen und genehmigt. Davon sind 11 028 Rentengüter und 2589 Pachtverträge. Außerdem sind 518 Mietverträge abgeschlossen, so daß die Gesamtzahl der genehmigten Verträge 14 155 beträgt.

Die Finanzlage des Anstufungsfonds ist folgende: Die Gesamtansgaben des Anstufungsfonds vom Jahre 1889 bis Ende Dezember 1907 betragen . . . 454 000 000 Mk. die Gesamtentnahmen für den gleichen Zeitraum 134 100 000 Mk. die reinen Ausgaben mithin . . . 349 900 000 Mk. Die im letzten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1907 nur zu leistenden Ausgaben finden in den noch zu erwartenden Einnahmen Deckung.

Kaiser Wilhelm an Lord Tweedmouth.

Wir erhalten folgende Meldungen aus London: Der Erste Lord der Admiralität, Tweedmouth, ermächtigte das Deutsche Bureau zu der Erklärung, der Brief des deutschen Kaisers an ihn enthalte eine rein persönliche Mitteilung, die ihm nicht in seiner Eigenschaft als Erstem Lord der Admiralität gemacht wurde, und habe mit dem englischen Marine-Gesetz nichts zu tun. Der Sekretär Tweedmouth sagte, am kommenden Montag werde eine Mitteilung über die Angelegenheit an das Haus der Lords gelangen. Bis dahin sei eine Veröffentlichung der betreffenden Korrespondenz nicht beabsichtigt.

Bei Schluß der Freitag-Sitzung im englischen Unterhause gab Staatssekretär Asquith folgende Erklärung ab:

Es ist Tatsache, daß Lord Tweedmouth am 18. Februar vom deutschen Kaiser einen Brief erhielt. Es war eine rein private und persönliche, in durchaus freundschaftlicher Weise abgefaßte Mitteilung. Lord Tweedmouths Antwort war gleichfalls privat und nicht förmlich gebunden und weder der Brief noch die Antwort war bekannt oder dem Kabinett mitgeteilt. Ich möchte im Hinblick auf gewisse Vermutungen, die, wie es scheint, daran geknüpft werden, hinzufügen, daß das Kabinett schon vor der Ankunft des Briefes zu seiner obigen Entscheidung über den Marine-Fortsetzung des Jahres gelangt war.

Ein Berliner Telegramm der „Sächsischen Zeitung“ jagt: Zu dem Briefe des deutschen Kaisers an Lord Tweedmouth, der der „Times“ Anlag zu obigen Ausführungen gibt, kann einwinkeln nur bemerkt werden, daß wir es hier mit einem Privatbrief zu tun haben. Ferner ist entgegen den Angaben der „Times“ festzustellen, daß dieser Brief unmöglich die Tendenz gehabt haben kann, auf das englische Marinebudget irgend welchen Einfluß auszuüben. Der Brief dürfte vielmehr irrtümlichen Äußerungen entgegenstehen, die in England über den deutschen Flottenbau verbreitet sind.

Zur marokkanischen Frage.

Schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“: „Die von den Zeitungen angeführte Mitteilung der französischen Regierung über die bevorstehende Entsendung von Verstärkungen nach Gafsanica ist auch hier durch den französischen Botschafter bestätigt. Die Entsendung der Verstärkung wurde von Auswärtigen Ämtern Herrn Cambon die Erwartung ausgedrückt, es werde Bedacht genommen werden, daß die schon durch die bisherigen militärischen Maßnahmen in Marokko erheblich beeinträchtigt deutschen Handelsinteressen nicht noch weiteren empfindlichen Schaden erleiden. Der Botschafter gab namens seiner Regierung eine entsprechende Zuversicht.“

Bei der Beratung des Nachtragsgeldes für Marokko im französischen Senat am 6. März erwiderte Kriegsminister Picquart auf eine an ihn gerichtete Frage, der Truppenbestand in Marokko sei noch und nach auf 13 000 Mann erhöht worden. Der Unterhalt der Truppen einschließlich derjenigen von Widda und im Gebiete der Beni Snassen und die Erneuerung des Materials habe bisher einen Aufwand von ungefähr 16 Millionen erfordert. Marineminister Thomson erklärte, von der Marineverwaltung seien außerdem noch ungefähr 4 Millionen verausgabt worden, nicht gerechnet die Reparatur der Schiffe, die noch nicht beendet ist.

General d'Amade telegraphierte nach Paris: Die Truppen liegen bei Sidi Sajat, 14 Kilometer vor Gafsanica, er der Straße nach Alabat. Der Gesundheitszustand der Truppen ist ausgezeichnet.

Die „Taku-Maru“-Angelegenheit spitzt sich zu.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat der Vizekönig von Marokko beschlossen, das japanische Schiff „Taku Maru“ trotz des Beschlusses von Berlin, die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise zu regeln, fortzusetzen.

Deutsches Reich.

Die Monarchen-Begegnung in Venedig. Die „Tribuna“ meldet offiziell, daß die Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem König Viktor Emanuel in Venedig etwa am 15. April stattfinden werde. Die Einzelheiten seien bereits festgelegt.

Der Kaiser in Wilhelmshaven. Nachdem Sr. Maj. der Kaiser am Freitag die Meeresküste begrüßt und die Front abgedrückt hatte, hielten die Marineoffiziere beider Konfessionen Aufnahmen. Darauf folgte die Vereidigung auf eine kurze Ansprache des Kaisers an die Meeresküste. Kontre-Admiral Martin brachte hiernach ein Hoch auf Sr. Maj. aus. Nach der Vereidigung nahm der Kaiser militärische Meldungen entgegen und fuhr dann, von der zahlreichen Menge mit Syrarakuren begrüßt, durch die reich besetzten Straßen zum Kasino, um dort das Frühstück einzunehmen. Nachmittags besichtigte der Monarch auf der Werft den Neubau und die neue Einsatzfahr. Nach der Besichtigung kehrte Sr. Maj. an Bord der „Deutschland“ zurück, um Regierungsgeschäfte zu erledigen. Zur Abendtafel an Bord der „Deutschland“ waren eine Anzahl Einladungen ergangen. Das Wetter ist böig.

Aus der Armee. Das „Militärwochenblatt“ meldet: Scholz, Gen.-Lt. und Oberquartiermeister, zum Kommandeur der 1. Div. von Steuben, Gen.-Major und Abteilungschef im Großen Generalstab, zum Oberquartiermeister ernannt. Scherer, Gen.-Lt. und Befehlshaber der Art.-Prüfungskommission, Schöne, Gen.-Lt. u. Feldzeugmeister, Kubh, Gen.-Lt. und Inspekteur der 1. Infanterie-Inspektion, der Charakter als General der Artillerie verliehen. von Usar, Gen.-Lt. und Gouverneur von Hlm, von Sperling, Gen.-Lt. und Gouverneur von Köln, der Charakter als General der Infanterie verliehen. Frhr. v. Schöffers-Winkel, Gen.-Lt. und Kommandeur der 2. Garde-Div. unter Beförderung zum Gen.-Lt. der Inf. zum kommandierenden General des 11. Armeekorps ernannt. v. Schönd, Gen.-Major und Inspekteur der Infanterieschulen, mit der Führung der 2. Garde-Div. beauftragt. v. Biederstein, Gen.-Major und Kommandeur der 2. Garde-Inf.-Brigade, zum Inspekteur der Infanterieschulen ernannt. Rüdich von Rosenfeld, Oberst und Kom-

politik mit Wohlstand betriebslos. Das ist uns doch nicht der Fall. ...

Abg. Neuner (nll.) begründet die Resolution auf Inanspruchnahme der Arbeiter, die zur Rettung von Personen und Verzug von Gegenständen unternommen werden.

Darauf folgt Beratung auf Dienstag 1 Uhr ein.

Ausland.

Frankreich. Der König von England, der vorgestern auf der Reise nach Biarritz in Paris eingetroffen ist, ...

Aus Mexiko und Fern.

Campanula. Von der Kapellbahn eine Linie auf die Dorf Campana ...

Die Wiederrichtung des Hauptmanns von Oberen, die wie wir berichten, in aller Eile auf dem evangelischen Kirchhof ...

Provinz Sachsen und Umgebung.

4. Aus der Provinz Sachsen. 6. März. Der Stadtrat ...

Weißenfels. 6. März. (Verhaftung eines Erpressers.) ...

W. Oera. 6. März. (Zur Vermählung des Fürsten von Bulgarien.) Die „Gerar Zeitung“ ...

W. Oera. 6. März. (Zur Vermählung des Fürsten von Bulgarien.) Die „Gerar Zeitung“ ...

Letzte Telegramme.

Berlin, 7. März. Dem „Berl. Lokalan.“ zufolge sind alle italienischen Arbeiter, die beim Erweiterungsbau des Bahnhofs ...

Böln, 6. März. Der Sohn des Oberlehrers Mebus aus Sickingen ...

Bern, 6. März. In der vergangenen Nacht ist im Krankenhaus zu Brieg noch ein Opfer der Grippen-epidemie ...

Paris, 7. März. In politischen Kreisen hält man die im Umlauf befindlichen Gerüchte über eine bevorstehende Reise des Präsidenten ...

Min-Cetra, 6. März. Infolge der Zusammenrottungen zahlreicher Abteilungen der Stämme im äußersten Süden auf Min-Cetra ...

Teheran, 6. März. Die Stadterweiterung der Stadt in der Nähe der deutschen Gesandtschaft ...

Börsen- und Handelssteil.

Wagereisen.

8. In der Generalversammlung der Bernburger Portland-Zementfabrik. ...

C. T. C. Deutsche Vaterische Bank. ...

W. T. B. Die Bilanz der Anglo-Oesterreichischen Bank für 1907 ...

W. Deutsche Wassen- und Munitionsfabrik. ...

W. T. B. Konturs. ...

A. Produktiv- und Warenmärkte. ...

L. Hamburg, 6. März. ...

W. Berlin, 6. März. ...

Die neuen Viehschlachtungen, beste Sorten, bei Berlin: ...

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke. ...

Wagereisen. ...

